

Bericht der Geschäftsstelle IT-Planungsrat für 2011

Vorlage für die 7. Sitzung des IT-Planungsrats

vom

24. Februar 2012 (Stand)

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassung.....	3
2.	Unterstützung der Aufgaben zur strategischen Ausrichtung des IT-Planungsrats.....	4
3.	Operative Aufgaben der Geschäftsstelle.....	5
4.	Aufgaben zur Finanzierung des IT-Planungsrats	8
5.	Ausblick	9

1. Zusammenfassung

Im Jahr 2011 hat mit Baden-Württemberg erstmalig ein Land den Vorsitz des IT-Planungsrats vom Bund übernommen. Kernthema dieses Jahres war die Verstärkung der politisch-strategischen Ausrichtung des IT-Planungsrats und die Festlegung seiner Schwerpunkte. Dies spiegelt sich besonders im Memorandum des IT-Planungsrats wieder, welches die strategischen Ziele sowie konkrete Handlungsschwerpunkte des IT-Planungsrats für den Zeitraum 2011 bis 2015 zusammenfasst.

Zu Beginn des Jahres stand die Evaluierung der Gremienstrukturen des IT-Planungsrats. Hieraus wurden wichtige Empfehlungen zur Optimierung der bestehenden Struktur abgeleitet. Speziell wurde eine stärkere Aufstellung als strategisches Gremium empfohlen. Im Laufe des Jahres wurde dies u.a. mit der Veröffentlichung des Memorandums und der Durchführung eines Strategiegesprächs mit Vertreterinnen und Vertretern aus Fachministerkonferenzen und aus der Wirtschaft umgesetzt.

Ein zweiter wesentlicher Meilenstein war die Operationalisierung der Ziele der Nationalen E-Government Strategie (NEGS). Die Kooperationsgruppe Strategie hat dazu unter der Leitung der Geschäftsstelle das Schwerpunktprogramm zur Umsetzung der NEGS erarbeitet. Mit Beschluss des IT-Planungsrats vom 13. Oktober 2011 wurden auf dieser Basis weitere Vorhaben und Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Wesentliche im Konstituierungsjahr 2010 begonnene Aufbauarbeiten konnten 2011 vorangetrieben bzw. abgeschlossen werden: Die ehemaligen Projekte des KoopA (Behördenfinder, Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis, Governikus, LeiKa+) wurden inzwischen als Anwendungen in die Strukturen des IT-Planungsrats überführt. In der Freien Hansestadt Bremen hat die Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) am 1. April 2011 offiziell den Betrieb aufgenommen.

Aufgrund des Artikels 91c GG wurden Planung, Vergabe und Betriebsführung des DOI-Netzes zum 1. Januar 2011 auf den Bund übertragen. Das Arbeitsgremium Verbindungsnetz, das sich aus Vertretern der Länder zusammensetzt, berät den Bund bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben. Der DOI-Netz e.V. wurde zum 31.

Dezember 2010 durch einstimmigen Beschluss des Bundes und aller 16 Bundesländer aufgelöst und befindet sich derzeit in Liquidation.

Die Unterstützungsleistungen durch die Geschäftsstelle wurden 2011 ausgeweitet. Unter anderem wurde die Rechnungsstellung der Projekte und Maßnahmen vereinheitlicht und erstmalig direkt über die Geschäftsstelle vorgenommen.

2. Unterstützung der Aufgaben zur strategischen Ausrichtung des IT-Planungsrats

Unterstützung bei der strategischen Weichenstellung des IT-Planungsrats

Die zu Beginn des Jahres 2011 durchgeführte Evaluierung der Gremienstrukturen des IT-Planungsrats hat aufgezeigt, dass eine strategische Fokussierung erforderlich ist. Deshalb hat der IT-Planungsrat seine strategischen Schwerpunkte in einem Memorandum zusammengefasst und dieses am 30. Juni 2011 beschlossen. Von besonderer Bedeutung sind dabei v.a. übergreifende Querschnittsaspekte der föderalen IT-Landschaft sowie die Verbesserung der Informationssicherheit. Der IT-Planungsrat hat in seiner 6. Sitzung am 13. Oktober die Grundlagen zur Erarbeitung einer Leitlinie für Informationssicherheit festgelegt.

Unterstützung bei der Umsetzung der Nationale E-Government Strategie (NEGS)

Das Memorandum des IT-Planungsrats dient auch als Richtschnur für die geplante Umsetzung der NEGS. Die Kooperationsgruppe Strategie hat dazu unter Leitung der Geschäftsstelle ein Schwerpunktprogramm erarbeitet, das vom IT-Planungsrat in der 6. Sitzung am 13. Oktober 2011 beschlossen wurde. Entsprechend der Festlegungen des Memorandums stehen insbesondere übergreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zum Aufbau gemeinsam verwalteter Infrastrukturkomponenten im Blickpunkt (z.B. eID-Strategie, föderales Informationsmanagement).

Koordinierung der Zusammenarbeit mit Dritten

Ein wesentlicher Baustein im Memorandum des IT-Planungsrats ist der weitere Ausbau der Zusammenarbeit mit den Fachministerkonferenzen und mit anderen

relevanten Fachgremien. Beim Strategiegelgespräch am Vortag der 6. Sitzung des IT-Planungsrats wurde dies mit Vertreterinnen und Vertretern der Fachministerkonferenzen sowie aus Wirtschaft, Wissenschaft und aus den Berufsverbänden intensiv diskutiert. Hieraus ergaben sich Impulse für die weitere Intensivierung dieser Kooperation.

Durch die Kooperationsgruppe zu Fragen der Zusammenarbeit in der EU wurden wichtige Anregungen für eine Neuausrichtung und Harmonisierung in diesem Bereich erarbeitet. Eine weitere Kooperationsgruppe beschäftigt sich mit Konsequenzen der von der EU vorangetriebenen Interoperabilisierung.

3. Operative Aufgaben der Geschäftsstelle

Personalausstattung

In der Geschäftsstelle waren 2011 – mit unterjährigen Wechseln – insgesamt drei Mitarbeiter/innen des Bundes sowie drei Mitarbeiter/innen der Länder Brandenburg, Hessen und Rheinland-Pfalz beschäftigt. Da somit die Geschäftsstelle im Berichtszeitraum nicht die geplante Sollstärke erreicht hat, war es erforderlich, bei der Aufgabenerfüllung Prioritäten zu setzen.

Sitzungsmanagement

Die Vor- und Nachbereitung sowie die Durchführung der Sitzungen des IT-Planungsrats waren auch 2011 ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der Geschäftsstelle. Insgesamt wurden drei reguläre Sitzungen am 3. März, am 30. Juni und am 13. Oktober sowie ein Strategiegelgespräch am 12. Oktober und ein Kaminabend am 29. Juni durchgeführt. Die Festlegung auf drei Sitzungstermine hat sich aus Sicht der Geschäftsstelle bewährt. Um dem IT-Planungsrat eine fachlich fundierte Entscheidungsfindung zu ermöglichen, waren für die Geschäftsstelle umfangreiche Tätigkeiten zur Koordinierung der Tagesordnung, zur inhaltlichen Erarbeitung sowie zur Abstimmung der Sitzungsthemen notwendig.

Aufgaben zur Organisation der Gremienstruktur

Die Zusammenführung der Strukturen aus der Initiative Deutschland-Online und aus dem früheren KoopA ADV bedingt auch eine Überführung der Aufgaben des

ehemaligen Projektbüros des KoopA ADV in die Strukturen des IT-Planungsrats. Die Anwendungen Behördenfinder, DVDV, Governikus und LeiKa+ wurden im vergangenen Jahr per Beschluss des IT-Planungsrats mit einer Übergangsregelung, die bis zum 31. Dezember 2012 gültig ist, in die neuen Strukturen eingegliedert. Die Anwendungen haben ihre internen Organisationsstrukturen bis Ende des Jahres 2011 hierzu angepasst.

Am 1. April 2011 wurde offiziell der Betrieb der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) bei der Freien Hansestadt Bremen aufgenommen. Die Geschäftsstelle hat diesen Aufbau begleitet. Zusätzlich hat der IT-Planungsrat in seiner 6. Sitzung die Einrichtung eines KoSIT-Beirats beschlossen, für den die Geschäftsstelle zunächst vorläufig den Vorsitz übernommen hat.

Programmmanagement

Zum Programmmanagement der Geschäftsstelle gehörte auch 2011 die laufende Koordinierung der Unterstützungsleistungen und der Mittelverwendungssteuerung und -kontrolle für die Vorhaben des IT-Planungsrats. Sie steht außerdem in der Pflicht, zum Anfang des Jahres einen Mittelverwendungsbericht zu erstellen. Weiter ist im Herbst an die Besprechung des Chefs des Bundeskanzleramts mit den Chefinnen und Chefs der Senats- und Staatskanzleien der Länder zu berichten.

Mit Beschluss des Schwerpunktprogramms zur Umsetzung der NEGS wurde das Projekt- und Maßnahmenportfolio im Sinne der strategischen Ausrichtung des IT-Planungsrats weiter ausgebaut. Neben neuen Steuerungs- und Koordinierungsprojekten wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im E-Government aufgesetzt.

Die Steuerungsprojekte Kfz-Wesen, Personenstandswesen und Nationales Waffenregister wurden 2011 weiter mit Unterstützung der Geschäftsstelle vorangetrieben. Beim Aufbau des Verbindungsnetzes wurden die Übertragung der Aufgaben des DOI e.V. und die Koordinierung des Verbindungsnetzbetriebs fortgeführt.

Die Geschäftsstelle hat 2011 außerdem die Überführung der Anwendungen des früheren KoopA ADV in die Strukturen des IT-Planungsrats umgesetzt.

Koordinierung des Bund-Länder-Austauschs

Die Geschäftsstelle hat auch 2011 intensiv ihre Schnittstellenfunktion bei Bund/Länder-Abstimmungen und bei der ebenenübergreifenden Kommunikation im IT-Bereich wahrgenommen. Wichtige Themen waren 2011 z.B. die Softwareunterstützung bei der Anwendung des SGB II und eine Erfassung zu Green-IT-Initiativen. Die Geschäftsstelle hat hierdurch die ressortübergreifende und föderale Zusammenarbeit in IT-Fragen befördert.

Außenkommunikation

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit hat die Geschäftsstelle die Veröffentlichung der Entscheidungen des IT-Planungsrats sowie die fortlaufende Bereitstellung von Informationen rund um den IT-Planungsrat auf der Website, aber auch in Fachmedien gewährleistet.

Der Netzwerkgedanke wurde 2011 verstärkt umgesetzt, beispielsweise durch verschiedene Vorträge und Fachgespräche. Daraus resultierten u.a. der verstärkte Austausch mit Fachgremien, vermehrt eingehende Anfragen zu projektspezifischen Fragestellungen sowie eine stärkere Aufmerksamkeit in der Fachöffentlichkeit.

4. Aufgaben zur Finanzierung des IT-Planungsrats

Finanzplanung

Die Geschäftsstelle hatte die Aufgabe, auch für die Jahre 2012 und 2013 Finanzpläne vorzulegen. Planmäßig zur Herbstsitzung wurde der Finanzplan 2012 vom IT-Planungsrat beschlossen und ein Entwurf für 2013 zur Kenntnis genommen. Anpassungen aus Beitritten zu den Anwendungen und dadurch bedingten Budgetveränderungen wurden eingearbeitet. Das Verfahren zur Erstellung der Finanzpläne ist weitgehend etabliert und wird fortgeführt.

Finanzverwaltung

Ebenso lag die Koordination der Unterstützungsleistungen für die Steuerungsprojekte bei der Geschäftsstelle. In diesem Zusammenhang wurde Anfang 2011 als Teil des Geschäftsberichts der Geschäftsstelle ein Bericht zur Mittelverwendung für 2010 vorgelegt und beschlossen. Die Restmittel wurden 2011 nicht wie vorher unter den Projekten umverteilt, sondern wurden vor dem Hintergrund der Arbeiten zur Planung der Umsetzung zur NEGS zunächst zurückgestellt.

Eine Neuerung im Bereich des Finanzmanagements brachte die erstmalige direkte Einnahme der Finanzmittel durch die Geschäftsstelle. Dies hat Änderungen beim Finanzcontrolling sowie beim Berichtswesen für die Maßnahmen und Projekte des IT-Planungsrats erforderlich gemacht. Ergänzend wurden die Finanzierungsmöglichkeiten ausgeweitet, wodurch einerseits auch für allgemeine Unterstützungsleistungen Mittel zur Verfügung stehen und andererseits der Mittelabruf nun auch aus Rahmenverträgen der Länder möglich sein wird.

5. Ausblick

2012 hat erneut der Bund den Vorsitz übernommen. Für die Geschäftsstelle werden neue Stellenbesetzungen durch den Bund und aus Abordnungen erwartet. Zum Jahresbeginn hat ein planmäßiger Wechsel in der Geschäftsstellenleitung stattgefunden.

Inhaltlich wird 2012 weiterhin die Umsetzung des Schwerpunktprogramms der NEGS im Blickfeld stehen. Konzeptionell wird es darauf ankommen, die Maßnahmen in den Rahmen einer gemeinsam gesteuerten föderalen IT-Landschaft im Sinne des Memorandums des IT-Planungsrats einzubetten. Hierdurch soll die Nachhaltigkeit und die Wirksamkeit der erzielten Ergebnisse gesteigert werden.

Dabei wird es weiterhin Aufgabe der Geschäftsstelle sein, für die fachliche Arbeit der Projekte, Maßnahmen und Anwendungen die notwendigen Rahmenbedingungen und Freiräume zu schaffen. Sie wird dabei auch die vor allem personell begrenzten Ressourcen für die Projektdurchführung in Bund und Ländern im Blick behalten müssen.

Die weitere Überführung der KoSIT in den Regelbetrieb ist ebenfalls ein Schwerpunkt für 2012. Strukturell gilt es, den Beirat, der die Arbeit der KoSIT im Auftrag des IT-Planungsrats steuern und begleiten soll, endgültig zu etablieren. Inhaltlich ist für 2012 die Erarbeitung einer ersten Standardisierungsagenda vorgesehen. Diese soll das Verfahren für die Auswahl und die Abstimmung von verbindlichen IT-Interoperabilitäts- und IT-Sicherheitsstandards durch den IT-Planungsrat konkretisieren. Vor allem aber soll sie einen Fahrplan für die Beschlussfassung erster verbindlicher Standards durch den IT-Planungsrat aufstellen.

Der auftragsgemäße Abschluss der Deutschland-Online Vorhaben Kfz-Wesen, Personenstandswesen und Nationales Waffenregister wird ebenfalls für 2012 angestrebt.

Die fachübergreifende Zusammenarbeit mit den Fachministerkonferenzen sowie anderen relevanten Gremien auf nationaler und europäischer Ebene wird einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit bilden. Dies wird speziell bei der 7. Sitzung des IT-Planungsrats im Juni in Brüssel im Blickfeld stehen. Weiter müssen die bestehenden

Überlegungen für einen IT-Fachkongress konkretisiert werden. Dieser soll neben dem allgemeinen Austausch zu IT-Fragen der öffentlichen Verwaltung insbesondere die Zusammenarbeit mit den Fachministerkonferenzen befördern.